

KOMMENTAR



Von Gerald Winter-Pölsler
gerald.winter-poelsler@kleinezeitung.at

Finger weg von der ASVK

Die Institution der Grazer Altstadtschützer, die ASVK, bangt um ihre Zukunft. Das Land schmedet Pläne, das Gremium aus Fachleuten aufzulösen. Die heiklen Gutachten zu Bauvorhaben in den Schutzzonen sollen dann von Einzelpersonen erstellt werden. Alles unter dem Titel „Deregulierung“.

Das haben FPÖ und ÖVP im Land versprochen, das wollen sie jetzt umsetzen. Weniger Bürokratie klingt immer gut. Offiziell will die radikalen Pläne zwar noch niemand bestätigen, intern wurden sie aber so kommuniziert – auch wenn sie noch sehr unausgegoren wirken. Werden sie auch nur annähernd so umgesetzt, wäre das verheerend.

„Wir haben uns oft über die ASVK geärgert, aber: Ohne sie sähe Graz komplett anders aus. Und zwar deutlich unattraktiver“, sagt einer aus der Branche. So eine Institution einfach zu kappen und Einzelgutachter zu beauftragen, die dann dem ganzen Druck unge-schützt ausgesetzt sind, wäre für einzelne Bauträger vielleicht wünschenswert; für das historische Stadtbild aber keinesfalls.

Das müsste auch der Landesregierung klar sein. Kein Schnellschuss, kein billiger Punkt mit Deregulierung. Dafür ist die Grazer Altstadt viel zu wertvoll.

„Da schrillen alle Alarmglocken“



Die Grazer Altstadt wird seit dem Jahr 1974 per Gesetz geschützt KIZ/STEFAN PAJMAN, ROBERT ANAGNOSTOPOULOS

Deregulierung: Blau-Schwarze Offensive im Land wird wohl Altstadt-kommission treffen. In der Stadt macht das Gerücht einer Auflösung die Runde, das Land dementiert halbherzig.

Von Gerald Winter-Pölsler

Kräftiges Rumoren rund um die Grazer Altstadtschutzkommission. Bei einem Termin mit dem Land wurde mitgeteilt, dass die Kommission, die über die Einhaltung des Altstadtschutzgesetzes wacht und Bauvorhaben in den Schutzzonen begutachtet, aufgelöst und durch Einzelgutachter ersetzt werden soll, die dann vom Bauwerber bezahlt werden. So erzählen es ASVK-Vorsitzender Elemer Ploder und seine Stellvertreterin Eva Kuß, die bei dem Termin dabei waren.

Tatsächlich arbeitet die blau-schwarze Landesregierung an einer „Deregulierungsoffensive“, einem großen Wahlversprechen. Teil davon ist auch die ASVK. Ei-

ne Auflösung will man im Büro von LH Mario Kunasek (FPÖ) auf Anfrage zwar nicht bestätigen, bevorstehende Änderungen aber schon: „Im Zuge des laufenden Deregulierungsprozesses wird über mögliche Anpassungen der bestehenden Strukturen nachgedacht. Die konkrete Ausgestaltung ist noch Gegenstand der Verhandlungen.“ Mit wem das Land verhandelt, ist unklar. Denn sowohl bei Bürgermeisterin Elke Kahr (KPÖ) als auch bei Vizebürgermeisterin Judith Schwentner (Grüne), die für die Stadtbaudirektion zuständig ist, wusste man auf Anfrage nichts vom Vorhaben.

Die Unsicherheit unter den Fachleuten ist jedenfalls groß. Die Debatte um die mögliche Auflösung der Kommission wird innerhalb der ASVK als zweiter Schlag innerhalb kurzer Zeit angesehen. Erst mit Juli hat man den Mitgliedern die Vergütung gekürzt: von 651,57 Euro pro Monat auf nur mehr 456,10 Euro.

Jetzt warnen die Fachleute vor Auswirkungen einer Abschaffung der Kommission. „Wir sind interdisziplinär besetzt,

von Architekten bis Kunsthistorikern“, so Ploder und Kuß. „Da gibt es einen guten Austausch innerhalb der Gruppe und man kommt gemeinsam zu einer Entscheidung.“ Bei einem Einzelgutachter fiele das weg. „Das wird keine Qualitätssteigerung bringen“, sind sie sich sicher. „Wir spüren immer wieder Druck, wenn wir Gutachten zu Bauvorhaben erstellen. Da ist man als Kommission aber stabil.“ Ein Einzelgutachter müsse dem Druck dann alleine standhalten. Dem Vernehmen nach sollen nur noch Planende als Gutachter in Frage kommen, keine Kunsthistoriker mehr. „Da schrillen alle Alarmglocken.“



ASVK-Chef Elemer Ploder
LAND STEIERMARK

Freilich, dass man die ASVK reformieren kann, sehen Ploder und Kuß auch. Man habe auch selbst Vorschläge erarbeitet, etwa, dass man nicht jede Werbetafel in der Altstadt behandeln muss. „Wichtig ist, dass die Bauwerber Planungssicherheit bekommen und eine möglichst rasche Entscheidung.“ Das war in der Vergangenheit nicht immer der Fall, gestehen sie ein. „Aber seit wir in der Kommission sind, das

ist seit Mai 2025, funktioniert es eigentlich gut.“

Auch Rainer Wührer, Präsident der Kammer der Ziviltechnikerinnen, hat gehört, dass die ASVK durch Einzelgutachter ersetzt werden soll: „Das hätte nur Nachteile.“ Er sieht eine Grund-satzfrage offen: „Wer wählt den Gutachter aus? Wie will man eine Einflussnahme verhindern? Die ASVK ist ein unabhängiges Gremium, das ist ein hohes Gut.“ Die Sorge der Fachleute: dass die Politik eine zentrale, qualitäts-sichernde Einrichtung zum Altstadtschutz unter dem Titel Deregulierung aufs Spiel setzt. „Die ASVK ist auch für das Weltkulturerbe von zentraler Bedeutung und im offiziellen Welterbe-Managementplan verankert“, so Wührer.

Seitens der Stadtpolitik kennt man keine Details zu den Plänen des Landes, darum äußert man sich allgemein: „Unsere Altstadt ist Weltkulturerbe und verdient höchsten Schutz. Das muss auch bei allfälligen Änderungen durch das Land garantiert bleiben“, so Stadtchefin Kahr. Vize Schwentner ergänzt: „Das Vergleichen von Prozessen kann sinnvoll sein, darf aber niemals zulasten der Qualität gehen.“

NÄHE „GEEHRTER“ ZUM NATIONALSOZIALISMUS

Erneut Büste aus Stadtpark verschwunden

Bereits zum zweiten Mal binnen weniger Monate wurde eine Büste aus dem Grazer Stadtpark entfernt.

Jetzt ist es schon wieder passiert. So oder so ähnlich hätte es mancher Buchautor formuliert. Doch wenn auch die Causa in Richtung Krimi tendiert – nach Flapsigkeit ist der Grazer Kulturstadträtin Claudia Unger (ÖVP) nicht zumute. Vielmehr überwiegen Ärger und Unverständnis angesichts der Tatsache, dass binnen Monaten die zweite Büste über Nacht aus dem Grazer Stadtpark verschwunden ist. Die Stadt hat Anzeige erstattet.

Erst im Juni war der „Kopf“ des früheren Schriftstellers Franz Nabl (1883–1974) aus dem Stadtpark im Bereich Zinzendorfsgasse/Elisabethstraße entfernt worden, nun wurde in den Morgenstunden der plötzlich leere Sockel des Historikers Hans Pirchegger (1875–1973) auf Höhe Attems-gasse entdeckt. Im Büro von Stadträtin

Unger will man „ganz profane Gründe“ nicht ausschließen, „Bronze lässt sich wegen des hohen Kupferanteils gut zu Geld machen“.

Mit Blick auf ähnliche Vandalenakte in der Vergangenheit – unter anderem wurde die Inschrift beim Turnvater-Jahn-Denkmal vor der Landesturnhalle von „Jahn“ auf „Wahn“ geändert – seien aber auch in den beiden jüngsten Fällen „ideologisch motivierte Taten“ naheliegend, zumal beide Persönlichkeiten eine Nähe zum Nationalsozialismus hatten.

Sollte Letztere die unbekannten Täter angetrieben haben, betont Stadträtin Unger generell: „Ich bin für eine kritische Auseinandersetzung mit unse-

rer Geschichte.“ Ihr Mittel der Wahl sei dabei „nicht Auslöschung, sondern Kontextualisierung mit Zusatztafeln“, wie es bei belasteten Straßennamen längst Usus sei. „Damit wir und künftige Generationen aus der Geschichte lernen können.“ Ein Vorgehen wie im Stadtpark sei aber so oder so zu verurteilen, die Stadt hat auch bereits Anzeige erstattet.



Kulturstadträtin Claudia Unger
KIZ/STEFAN PAJMAN

Franz Nabls Büste sei bislang noch nicht gefunden worden. Im Fall Pirchegger liege der finanzielle Schaden nun bei rund 12.000 Euro. Sollte jemand etwas Verdächtiges beobachtet haben, bittet Unger um Hinweise an die nächste Polizeiinspektion.

Michael Sarria

POLITIK INTERN

Panne bei Gehalt für Alt-Gemeinderäte

Die Chaos-Tage im Grazer Rathaus gehen munter weiter. Wie jetzt bekannt wurde, haben auch jene Gemeinderäte, die am 28. August offiziell ausgeschieden sind, noch ein Septembergehalt überwiesen bekommen – das ihnen natürlich gar nicht mehr zusteht. Der Grazer hat darüber zuerst berichtet. Ein Fehler, muss man im Büro von Personal- und Finanzstadtrat Manfred Eber (KPÖ) einräumen (lesen Sie auch Seite 16/17).

Eine echte Erklärung hat man nicht, außer: Die Kommunikation zwischen den

Ämtern habe diesbezüglich nicht funktioniert. Und man selbst habe das leider auch nicht im Fokus gehabt. Aber: „Es ist kein Schaden entstanden.“ Jene, die das Polit-Gehalt – konkret verdient ein Gemeinderat 2605,50 Euro brutto im Monat – fälschlicherweise überwiesen bekommen haben, bekommen nun eine Rückzahlungsaufforderung nachgeschickt.

Warum wird das Gehalt überhaupt im Vorhinein überwiesen? Das regelt das Gemeinde-Bezügegesetz des Landes. Im Paragraphen fünf

ist dort festgelegt: „Die Bezüge sind im Voraus am Anfang eines jeden Monats auszahlbar.“ In der Stadt gilt das aber für alle Mitarbeiter, nicht nur für Politiker.

Übrigens: Jene, die am 28. August neu angelobt wurden, bekommen ihr September-Gehalt erst zum Monatsende. Das ist so üblich: Wenn jemand neu beginnt, wird das erste Monat nachverrechnet. Dafür fällt dieses Monatsende jetzt besonders gut aus, kommt doch auch gleichzeitig das Oktobergehalt im Vorhinein. Gerald Winter-Pölsler